

Hilfe, wenn Schulden über den

Kopf wachsen: Andrang unerwartet groß / Lokales

Neue ABM-Stelle Schuldnerberatung beim DPWV: Andrang Hilfesuchender unerwartet groß

„Die Harke“ v. 22.4.86

Wenn die Schulden über den Kopf wachsen, ist Wolfgang Lippel oft die letzte Hilfe

Er verhandelt mit Gläubigern, stellt Haushaltspläne auf und sortiert auch Berge von Unterlagen

Nienburg (ch). Seit zweieinhalb Monaten gibt es beim Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband (DPWV) in Nienburg eine Schuldnerberatung. Wie bitter nötig viele Familien eine solche Hilfe haben, und wie tief viele bereits in Schulden stecken, erfuhr Betriebswirt Wolfgang Lippel deutlich bei seiner neuen Arbeit. Mehr als 20 Klienten betreut er inzwischen, schon fast mehr, als er zur Zeit bewältigen kann. Der 29jährige Nienburger verhandelt mit den Gläubigern, entwirft wirtschaftliche Haushaltspläne und sortiert für seine Schützlinge Berge von Rechnungen oder Mahnungen. Der Andrang auf die neue Stelle, die vom Arbeitsamt als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme bewilligt wurde, war unerwartet groß. Und für manche ist dies in ihrer ausweglosen Situation die letzte Hilfe.

In einem Gespräch mit der HARKE, zu dem sich auch Arbeitsamtsdirektor Walter Bücken eingefunden hatte, berichteten DPWV-Geschäftsführer Bernhard Döring und Schuldnerberater Wolfgang Lippel über die ersten Schritte der neuen Einrichtung: Mit einer so starken Inanspruchnahme hatten wohl alle Beteiligten nicht gerechnet. Daß in dieser Hinsicht eine Lücke bestand, war sowohl dem Arbeitsamt als auch dem DPWV bei ihren üblichen Beratungen immer wieder aufgefallen. Deshalb fand der Antrag des DPWV auf Bewilligung einer neuen Stelle bei Arbeitsamtsdirektor Bücken auch sofort offene Ohren.

Das neue Betätigungsfeld des Schuldnerberaters ist sehr vielfältig. Meistens fängt die Beratung, die dann über Monate hinweg geführt wird, mit einem ausführlichen Gespräch an, bei dem die Verschuldeten erst einmal ihre Sorgen ausschütten können.

„Ich empfehle darüber hinaus allen, gleich alle Unterlagen mitzubringen, damit ich mir ein Bild von der jeweiligen Situation machen kann.“ sagt der Nienburger. Dabei kommt es so manches Mal vor, daß die Klienten einen ganzen Karton voller Papiere, Zahlungsbescheide und Mahnungen auf den Schreibtisch legen, von denen die letzten schon gar nicht mehr geöffnet wurden.

Nach dem Gespräch heißt es dann zunächst einmal Sortieren und die dringendsten Sachen erledigen. Allein damit ist Wolfgang Lippel manchmal für einen Klienten stundenlang beschäftigt. Dann stehen Gespräche und Verhandlungen mit den Gläubigern an, damit diese wissen, daß nun ein Dritter als Ansprechpartner zur Verfügung steht. Auch klärende Gespräche mit Personalchefs, wenn beispielsweise Lohnpfändungen zu erwarten sind, können Teil der Schuldnerberatung sein.

Die meisten Leute, denen die Schulden massiv über den Kopf wachsen, sind zuvor von der Arbeitslosigkeit betroffen. „Es ist durchaus nicht so, daß die Schuldner nicht zahlen wollen; es besteht in vielen Fällen tatsächlich eine totale Zahlungsunfähigkeit.“ betont Lippel. Fast immer sind es kinderreiche Haushalte, Familien mit arbeitslosen Eltern, alleinerziehende Frauen oder Wehrpflichtige, die sich an die kostenlose Schuldnerberatung wenden.

Keinen Zweck hat es allerdings für Gewerbetreibende, sich beim DPWV Hilfe zu erhoffen. Die Beratung ist lediglich als sozialer Dienst gedacht. Auch eine Rechtsberatung oder rechtliche Vertretung kann Wolfgang Lippel nicht ersetzen.

Die unglückliche Situation der Schuldner ist oft von den gleichen Erscheinungen geprägt: Zu viele Ratenkäufe, die später nicht mehr zu bewältigen sind, Kredite von Vermittlern, die manchmal bis zu 30 Prozent Effektiv-Verzinsungen verlangen, und vor allem die Arbeitslosigkeit sind häufige Gründe. Manche Klienten haben im Monat sogar mehr als 25 Gläubiger zu bedienen, weiß Lippel zu berichten.

Sind die ersten Verhandlungen geführt, untersuchen der Schuldnerberater und sein Schützling, ob und wie das Einkommen doch noch sinnvoller eingeteilt werden könnte: „Oftmals beschäftige ich mich dann damit, überflüssige Versicherungen, Buchclub-Mitgliedschaften oder mehrere Zeitschriften-Abonnements zu kündigen.“

Es gibt aber auch Grenzfälle der Beratung. „In manchen Fällen kann man nur noch den Gläubigern klarmachen, daß bei dem Schuldner, beispielsweise einem Sozialhilfeempfänger, der einen Kredit aufgenommen hat, wirklich kein Geld mehr zu holen und nichts mehr zu pfänden ist“, erklärt der Betriebswirt. Aber bei den ersten Fällen, die zur Zeit bearbeitet, zeigen sich schon erste Früchte: Bei zweien wird die Beratung bald abgeschlossen, und die Schuldner sind mit den ärgsten Sorgen über den Berg.

Wer sich an die Schuldnerberatung wenden möchte, sollte sich telefonisch beim Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband in der Nienburger Wilhelmsstraße melden und mit Wolfgang Lippel einen Gesprächstermin vereinbaren.



Betriebswirt Wolfgang Lippel (Mitte) bietet beim Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband jetzt Hilfe für Verschuldete. Die Einrichtung der Schuldnerberatung als ABM-Stelle lag nicht nur im Interesse des DPWV, sondern fand auch beim Arbeitsamtschef Walter Bücken (links) sofort offene Ohren. Rechts DPWV-Geschäftsführer Bernhard Döring.

Foto: Hüneke

„Die Karte“ vom 22.4.86

Hilfe auf Dauer

Die Einrichtung einer Schuldnerberatung beim Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband (DPWV) hat sich in jeder Hinsicht als eine gute Sache erwiesen: Die Initiative fand bei nahezu allen sozialen Einrichtungen, die in irgendeiner Form mit Arbeitslosen und deren Problemen zu tun haben, viel Beifall. Geradezu offene Türen rannte man beim Arbeitsamt ein. Mit der neuen Stelle, die als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme eingerichtet wurde, erzielte das Arbeitsamt nicht nur eine sinnvolle Ergänzung ihrer Beratungsarbeiten, sondern vermittelte gleichzeitig einem arbeitslosen Nienburger Betriebswirt einen Broterwerb. In jeder Beziehung erfreulich hat sich dann auch die Zusammenarbeit mit dem Sozial- und Jugendamt, der Verbraucherzentrale und den anderen sozialen Einrichtungen entwickelt. Denn oft ist die hohe Schuldenbelastung nur eines von vielen Problemen, die bei anderen Beratungen auftauchen. Konkurrenz zwischen den Beratungsstellen gibt es nicht. Im Gegenteil, man ist froh, mit dieser ABM-Stelle jetzt einen Spezialisten zu haben. Denn irgendwann können die Betroffenen der Spirale aus Arbeitslosigkeit, daraus entstehender Verschuldung – die dann wiederum den Einstieg ins Erwerbsleben erschwert – nicht mehr aus eigener Kraft entinnen. Die Schuldnerberatung versucht also, einen scheinbar auswegslosen Kreislauf zu durchbrechen. Die große Resonanz zeigt, wie schlecht es vielen Bürgern im Kreis Nienburg tatsächlich geht. Und weil diese neue Armut nicht von heute auf morgen und auch nicht in einem Jahr aus dem Weg geräumt ist, hoffen sowohl das Arbeitsamt als auch der DPWV, daß die ABM-Stelle später ein Dauerarbeitsplatz wird. Ein Wunsch, der sicherlich nicht nur im Interesse der Verschuldeten liegt.

ch

Schuldnerberatung für Berufstätige beim DPWV

Nienburg (ch). Der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband veranstaltet ab sofort an jedem Dienstag eine Schuldnerberatung für Berufstätige. Wolfgang Lippelt, Schuldnerberater beim DPWV, wird von 17 bis 19 Uhr in der Geschäftsstelle in der Nienburger Wilhelmsstraße als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Die ersten Beratungsstunden finden am Dienstag, 14. Oktober, statt.

Die Hanke 11.10.86

Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Sozialzentrum, Kreisgruppe Nienburg
Wilhelmstraße 15, 3070 Nienburg / W., Tel.: 05021/
2001 und 2002
SCHULDNERBERATUNG IM DPWV-
SOZIALZENTRUM

Die hohe Arbeitslosigkeit führt dazu, daß immer weitere Bevölkerungskreise in finanzielle Probleme geraten. Die Miete kann nicht mehr gezahlt werden, man gerät in Verzug mit der Tilgung des Bankkredites, die Versicherungsraten werden fällig.

Das DPWV-Sozialzentrum hat vor nahezu einem Jahr eine Schuldnerberatung eingerichtet, die schon gute Erfolge verbuchen konnte. Sie hat keinen Fonds zur Verfügung und kann keine Wunder vollbringen; sie kann aber helfen, aus aussichtslos erscheinenden Lagen herauszukommen und wieder Perspektiven zu schaffen. Dem Ratsuchenden entstehen durch die

- 3 -

Ausgabe 25/1986

Beratung keine Kosten.

Für weitergehende Informationen steht Ihnen unser Schuldnerberater, Herr Lippel, zur Verfügung.

"Ankl. Mitteilungsblatt der SG Nertheke" 27.11.86

„Die Hande“ vom 7.2.87

Ein Jahr Schuldnerberatung in Nienburg: Strom der Hilfesuchenden reißt nicht ab

Mit den finanziellen Problemen laden viele auch andere Sorgen beim Berater ab

Guter Kontakt zu Banken und Geldinstituten / Hilfe reicht von Aktensortieren bis Haushaltsplan

Nienburg (ch). Seit etwa einem Jahr gibt es die Schuldnerberatung beim Paritätischen Wohlfahrtsverband (DPWV) in der Nienburger Wilhelmstraße. Was zunächst ein Versuch sein sollte, hat sich inzwischen bestens bewährt. Schuldnerberater Wolfgang Lippel hat alle Hände voll zu tun. – Vor allem, weil die Betreuung oft sehr zeitaufwendig ist. So kam zum Beispiel eines Morgens eine Dame mit Reisetasche zum Gesprächstermin. Inhalt: Acht dicke Aktenordner voller Unterlagen, Mahnungen und Zahlungsbescheiden...

Zwar sind solche Extremfälle nicht der Regelfall, aber fast 50 Klienten, die manchmal bis zum Hals in Schulden steckten, hat die Schuldnerberatung bereits geholfen. Und der Strom der Ratsuchenden reißt nicht ab. Die Beratung ist zu einem festen Begriff geworden; bei Hilfesuchenden ebenso wie bei Banken und Kreditinstituten. Das Nienburger Arbeitsamt hat deshalb die zunächst auf ein Jahr befristete Arbeitsbeschaffungsmaßnahme (ABM) um weitere zwölf Monate verlängert.

Ausgebildet ist Wolfgang Lippel als Betriebswirt. Seine Beratung hat allerdings auch eine Menge mit psychologischen Kenntnissen zu tun: „Vor allem beim Erstgespräch legen die Klienten neben ihren finanziellen Problemen auch ihre anderen Sorgen auf den Tisch.“ Gute Kontakte zu anderen Beratungsstellen, Behörden und Ämtern haben sich deshalb oft bewährt.

Nach dem ersten Gespräch folgen meistens sehr viele weitere Termine. Manche Beratungen dauern bereits ein Jahr lang. Kontaktaufnahme mit den Gläubigern, unzählige Schreiben und Telefonate. (Der Betriebswirt hat beim DPWV mit Abstand die höchste Telefon- und Portorechnung...) Diese Sachkosten übernimmt der DPWV, die

Personalkosten für die Schuldnerberatung trägt das Arbeitsamt. Weil die Verwaltungsarbeit allein nicht mehr zu bewältigen war, wurde inzwischen noch eine Schreibkraft eingestellt.

Neben dem Schreibkram erledigt der Berater wichtige Gespräche bei Arbeitgebern, Banken und Vermietern. Allerdings soll den Klienten nicht alles abgenommen werden. Es ist auch ein großer Anteil Hilfe zur Selbsthilfe dabei. „Wir wollen auf keinen Fall irgend jemanden verhätscheln und ihm alles Unangenehme abnehmen. Vom Ratsuchenden muß schon aktive Mithilfe kommen,“ erklärt der Schuldnerberater. Ist das nicht der Fall, so wird die Beratung abgebrochen.

Ziel ist es auch, den Klienten sinnvollen Umgang mit dem eigenen Geld zu vermitteln. Das betrifft durchaus nicht nur untere soziale Schichten. Zu den Hilfesuchenden gehören manche sehr gut verdienenden Bürger, die dennoch einen großen Schuldenberg vor sich haben.

Um einen Überblick über die eigene Beratungsarbeit zu haben, hat der DPWV eine Statistik des vergangenen Jahres ausgearbeitet. Daraus wird zum Beispiel deutlich, daß die meisten Klienten zwischen 28 und 35 Jahre alt sind, daß größtenteils Ein- und

Zweipersonenhaushalte betroffen sind, und daß das Einkommen bei über der Hälfte unter 1000 bis 1500 Mark monatlich liegt.

Meistens muß mit fünf Gläubigern gleichzeitig verhandelt werden, in einem besonderen Fall waren es sogar 35. Auch die Höhe der Schulden variiert, meistens proportional zum Einkommen. Die Bandbreite reicht von 3000 Mark bis zu weit über 200 000 Mark Verpflichtungen.

Bei Banken und Kreditinstituten hat Lippel bereits feste Ansprechpartner. Oft wird von dort aus auch auf die Schuldnerberatung verwiesen. Überhaupt bringt die Beratung nicht nur den direkt Betroffenen Vorteil: Auch die Banken profitieren davon, wenn ein Fachmann systematisch an die oft sehr verworrenen Finanzsituationen herangeht. Stellt sich heraus, daß der Klient in absehbarer Zeit tatsächlich keine Zahlungen mehr leisten kann, ersparen sich die Banken weitere kostenträchtige Mahnungen und Ermächtigungen.

Gerade weil auch die Allgemeinheit von der Schuldnerberatung Nutzen ziehen kann, will der DPWV nach dem zweiten Jahr der ABM-Stelle bei Stadt, Landkreis und eventuell auch Banken Zuschußanträge stellen, damit die Stelle weiterbestehen kann.

Wer sich informieren möchte, kann Wolfgang Lippel beim DPWV unter der Telefonnummer (05021) 2001 oder 2002 anrufen. Sprechzeiten für Berufstätige sind dienstags von 17 bis 19 Uhr. Nicht beraten werden Geschäftsleute.

Schuldenberatung wurde ein neues Arbeitsfeld: Andrang unerwartet groß

NIENBURG

Fachliche Schuldenberatung ist immer notwendiger geworden. Das war auch bei der Kreisgruppe Nienburg deutlich erkannt worden. Aber daß der Andrang der Rat- und Hilfesuchenden so unerwartet groß sein würde, damit hatte Betriebswirt Wolfgang Lippel bei der Übernahme seiner neuen Tätigkeit „Schuldenberatung“ nicht gerechnet. Diese beim DPWV Nienburg im vergangenen Jahr eingerichtete ABM-Stelle ist für viele, denen die Schulden über den Kopf wachsen, ein letzter Rettungsanker. Der Zustrom zeigt, daß dieser Personenkreis größer ist, als ursprünglich angenommen wurde.

Arbeitslosigkeit, die Ratenverpflichtungen erschwert, wenn nicht unmöglich macht, mangelnde Erfahrung im Umgang mit Geld, überhöhte Zinsforderungen bei Kreditaufnahmen — es gibt eine Reihe von Gründen, die Familien und Alleinstehende in unerträgliche Schuldenlasten stürzen. Nach ersten klärenden Gesprächen ist es dann erst einmal Aufgabe des Beraters, die Verpflichtungen nach ihrer Dringlichkeit zu sortieren. Verhandlungen mit Gläubigern tragen oft zur Klärung verworrener

Fälle bei; außerdem können Verhandlungen mit Personalchefs drohende Kündigungen wegen Lohnpfändungen abwenden.

Parallel zur Beratung in Sachen Schulden geben offene Gespräche und Untersuchungen darüber Aufschluß, wie das Einkommen besser und sinnvoller eingeteilt, wie und wo etwas eingespart werden kann. Dabei kommt manches nicht unbedingt Notwendige zutage, das den Betroffenen bisher noch nicht recht klar geworden ist. Da ist es gut, wenn ein neutraler Beobachter den Haushalts-Etat einmal gründlich durchforstet und Schwachstellen aufzeigt.

Erste Erfolge haben sich schon eingestellt. In einigen Fällen konnte die Beratung abgeschlossen werden, bzw. wird sie ein baldiges Ende finden, weil die Schuldner ihre schlimmsten Sorgen überwunden haben. Aber die Gefahr, daß der Berater arbeitslos wird, ist in keiner Weise gegeben. Der Andrang bleibt bestehen und wird auf absehbare Zeit weiter bestehen bleiben. Deshalb hoffen sowohl das Arbeitsamt als auch der DPWV, daß die ABM-Stelle in einen Dauerarbeitsplatz umgewandelt wird.

Inzwischen haben auch andere Kreisgruppen eine Schuldenberatung eingerichtet und eine rege Inanspruchnahme dieses aktuellen sozialen Dienstes zu verzeichnen, der heute mehr denn je dringlich geworden ist.

"Parität. schnell"
15.3.87

Stadt und Landkreis um gemeinsame Hilfe gebeten

Schuldnerberatungsstelle und Förderkreis für Arbeitsloseninitiativen benötigen Zuschüsse / DPWV-Antrag zurück in die Fraktionen

Nienburg (eck). Die Bedeutung vollständiger Information wurde in der jüngsten Sozial- und Gesundheitsausschußsitzung des Kreises deutlich, als es um einen Antrag des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (DPWV) ging, der für seine Nienburger Schuldnerberatungsstelle um einen Personalkostenzuschuß bat. Weil eine detaillierte Statistik des gut dreijährigen Tätigkeitszeitraumes jedoch erst zur Ausschußsitzung vorlag, war Vorsitzender Paul Brenzke in seiner eigenen Fraktion mit der Angelegenheit noch „auf den Bauch gefallen“. Um allgemeine Rückenstärkung zu finden, beschlossen die Mitglieder einstimmig, dieses Thema noch einmal an die Fraktionen zurückzuverweisen. – Einstimmig verabschiedet wurde nach ausführlichem Gedankenaustausch hingegen ein Antrag, in dem es um die Erhöhung des Sachkostenzuschusses für die Nienburger Arbeitsloseninitiative ging.

Dessen Förderkreis, dem auch der Landkreis angehört, war 1987 für die Dauer von drei Jahren – ebenso wie von der Stadt Nienburg – ein jährlicher Zuschuß in Höhe von 4800 Mark zur Deckung der Miet- und Betriebskosten im Werkstattgebäude an der Großen Drakenburger Straße bewilligt worden. Schon 1988, so erfuhren jetzt die Ausschußmitglieder, hatten sich die Betriebskosten (Wasser-, Gas- und Stromverbrauch) erhöht und waren durch die Zuschüsse nicht mehr zu decken gewesen. Statt des kalkulierten Betrages von 2830 Mark waren 4757 Mark zu zahlen. Die Differenz

hat der Förderkreis aus seinem Beitrags- und Spendenaufkommen aufgebracht.

Seit August vergangenen Jahres ist als ABM-Kraft eine bis dahin arbeitslose Lehrerin hauptamtlich eingesetzt. In dieser Zeit, so heißt es in der Sachdarstellung des Sozialamtes, „wurde das Angebot mit Hilfe von Spenden ... und durch Eigenleistungen der Arbeitslosenselbsthilfegruppe um eine Metallwerkstatt, ein Fotolabor und ein Café mit Küche erweitert“. Der Förderkreis habe daraufhin die Fortsetzung der Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für ein weiteres Jahr (bis Ende Juli 1990) beantragt und erwarte eine 70prozentige Förderung der Personal-

kosten sowie weitere zehn bis 15 Prozent aus einem Sondeprogramm des Landes. Etwa 6000 Mark würden dann ab August 1989 aus Eigenmitteln zu finanzieren sein.

Zwar wurde im Ausschuß von einer derzeit geringen Resonanz des Arbeitslosentreffs gesprochen, und Kreisdirektor Dr. Hardegen vertrat die Auffassung: „Die Blütezeit dieser Institution ist ganz eindeutig vorbei“, doch Ausschußmitglied Peter Gruber bat „nachdrücklich“ darum, „diese gute Institution“ nicht so herunterzureden, daß sie schließlich eingestellt werde. Letztlich kam man denn auch einstimmig überein (Heinrich Böckmann: „Ich bin der Meinung, daß wir gar nicht anders können“), die Annahme des vom Förderkreis gestellten zusätzlichen Sachkostenzuschusses zu bewilligen, so daß statt 2500 gegebenenfalls 6000 Mark gewährt werden.

Eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme spielt auch beim Antrag der DPWV-Schuldnerberatungsstelle eine Rolle. Waren die Kosten für den seit Dezember 1985 dort tätigen Betriebswirt bis Dezember vergangenen

Jahres größtenteils vom Arbeitsamt getragen worden, so hat sie gegenwärtig der DPWV allein aufzubringen. Deswegen wurde bei Stadt und Kreis beantragt, jeweils ein Viertel der Personalkosten – jährlich 9750 Mark – zu tragen.

In der von der Kreisverwaltung erarbeiteten Sitzungsvorlage wird dargelegt, die Schuldnerberatungsstelle des DPWV habe zunehmend an Bedeutung gewonnen, weil immer mehr hochverschuldete Privathaushalte aufgrund unvorhergesehener Ereignisse (Arbeitslosigkeit, Unfall, Scheidung) ihre Schulden nicht mehr begleichen könnten. Als weitere Ursache wird die zu leichtfertiger Verschuldung verleitende Werbung vieler Kreditgeber und -vermittler angesehen. Dazu Wolfgang Gödecke: „Nachher wird der Hammer auf den Kopf gehauen und die Schlinge zugezogen“.

Die Bereitschaft zur Unterstützung war im Ausschuß klar zu erkennen; dennoch kam man überein, zunächst noch einmal den Fraktionen Gelegenheit zu geben, sich gründlich mit dem Thema zu befassen.

„Zu Hause“

AT. 7. 83

"hiz Karte" 120. 7.89.

Ausgleichsfunktion des Kreises oft überfordert

SPD-Kreistagsfraktion erörterte Berichte von Ausschußmitgliedern / Kein Zuschuß für Schuldnerberatung

Pennigsehl (r). Vor Beginn der großen Ferien fand die letzte Sitzung der SPD-Kreistagsfraktion in Pennigsehl „Zum Treffpunkt“ statt. Neben den Fraktions- und Unterbezirksvorstandsmitgliedern begrüßte Fraktionsvorsitzender Günter Wehrenberg auch den Bundestagsabgeordneten Ernst Kastning.

Aus den Berichten von Wolfgang Gödeke (für den Sportausschuß) und Rudi Hermerding (Jugend- und Wohlfahrtsausschuß) ging hervor, daß man sich in beiden Ausschüssen überwiegend mit Zuschuß-Anträgen zu beschäftigen hatte. Zum Neubau einer Reithalle für das therapeutische Reiten spricht sich die Fraktion dafür aus, daß die Betriebs- und Unterhaltungskosten vom Verein und der Gemeinde getragen werden.

Allgemein wurde festgestellt, daß oft Zuschußanträge eingereicht würden, deren Forderungen bei weitem über den Rahmen der Ausgleichsfunktion des Landkreises hinausgingen.

Bezüglich der im Sozial- und Gesundheitsausschuß angesprochenen Erhöhung der Sozialhilfesätze von 400 auf 416 Mark wurde die Frage aufgeworfen, wie hiervon ein Sozialhilfe-Bedürftiger oder eine Bedürftige einen Monat lang die persönlichen

Dinge des täglichen Lebens bestreiten soll oder kann.

Einen Personalkostenzuschuß für die Schuldnerberatungsstelle des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes will die Fraktion nicht befürworten, weil nach ihrer Meinung hierdurch in den überwiegenden Beratungsfällen keine tatsächliche Entschuldung der Betroffenen stattfindet. Peter Gruber wies darauf hin, daß der größte Teil von Betroffenen durch Unkenntnis in eine derartige Situation geraten sei. „Um hier bessere und wirkungsvollere Hilfe zu erreichen, müßten die Partner der Schuldner, die Geldinstitute, mehr gefordert werden“, meinte auch Wolfgang Gödeke.

Ernst Kastning (MdB) informierte die Fraktion über ein Entschuldungsmodell, das in der SPD-Bundestagsfraktion erarbeitet wird, um unverschuldet in Not Geratenen zu helfen.

Manfred Gebauer, Finanzausschuß-Vorsitzender, gab einen Überblick über die Sitzung des Kreisfinanzausschusses. Der Antrag des Bollmanns Krankenhauses auf Gewährung eines Kreiszuschusses (Verwaltungsvorschlag) fand nicht die ungeteilte Unterstützung der Fraktionsmitglieder. Zwar wird einem 125 000-Mark-Zuschuß zugestimmt, aber ein Jahresüberschuß soll für den Landkreis zurückgefordert werden.

Rein informativen Charakter hatten Berechnungsbeispiele des Städte- und Gemeindebundes für mehr Steuergerechtigkeit auf Gemeinde-, Samtgemeinde- und Landkreisebene. Nach Erläuterung durch Manfred Gebauer und Hinweisen von Günter Wehrenberg war die Fraktion der Meinung, daß nach dem Konzept des Städte- und Gemeindebundes die meisten Kommunen eher mit finanziellen Nachteilen zu rechnen hätten. Daher empfahl die Fraktion ihren Mitgliedern, sich im Kreisfinanzausschuß für das Beibehalten des bisherigen Umlageverfahrens als Berechnungsgrundlage einzusetzen.

"Die Woche", 16. 9. 88

Therapeutisches Reiten: Gibt Nienburg 15 000 Mark dazu?

Nach ausführlicher Debatte im Sozialausschuß der Stadt befürwortet

Nienburg (fw). 15 000 Mark Zuschuß für die Baukosten der Reitanlage „Therapeutischer Reiterhof Estorf“ zu bewilligen befürwortete der Sozialausschuß der Stadt Nienburg auf seiner jüngsten Sitzung. Leicht hatten es sich die Ausschußmitglieder mit dieser Entscheidung nicht gemacht. Analog den anderen Geldgebern wurde zur Bedingung gemacht, daß die Gesamtfinanzierung gesichert sein müsse und für die Stadt Nienburg keine Folgekosten entstünden. So deutlich diese Bedenken mit einfließen, so deutlich war der Appell von Ausschußmitglied Berthold Volger, dem Antrag aus humanitären Gründen zuzustimmen. Während Monika Barz zunächst „mehr Unterlagen“ einsehen mochte, sagte Ausschußvorsitzender Johann Tietz: „Die Stadt kann sich da nicht herausstellen.“

Abgelehnt hatte die Verwaltung den Antrag mit der Begründung, daß einmal eine Entscheidung des Landkreises darüber ausstehe, eine ablehnende Entscheidung des Sozialministeriums über den beantragten Zuschuß dem Verein vorliege, so daß die Gesamtfinanzierung des Projekts in Frage gestellt sei. Noch beraten darüber wird der Sportausschuß.

Dagegen seien andere mehr oder minder sprudelnde Quellen erschlossen worden, wie die Gemeinde Estorf mit 100 000 Mark, die Samtgemeinde Landesbergen mit 10 000 Mark und eine Reihe umliegender Gemeinden, die sich mit einem Obolus von 50 Pfennig pro Einwohner beteiligen.

Mit dem Nachweis, daß die Gesamtfinanzierung doch gesichert (Aktion Sorgenkind), die Folgekosten erwirtschaftbar und keine der im Landkreis vorhandenen Reithallen umrüstbar seien, befürwortete der Ausschuß den Antrag mit drei gegen zwei Stimmen.

Etwas zögerlich ging der Ausschuß an den Antrag des Förderkreises für Arbeitsloseninitiativen Nienburgs auf Kostenzuschuß ein, fehlender Unterlagen wegen. Doch sah man wohl die Dringlichkeit, die fehlenden zehn Prozent der Kosten für die Arbeitsbeschaffung aufzubringen, da der Löwenanteil von 90 Prozent über das Arbeitsamt gesichert ist.

Johann Tietz: „Wegen zehn Prozent darf man das Projekt nicht sterben lassen. Wir wollen 2000 Mark geben und reichen die Unterlagen nach.“ Daß Soziales dominieren sollte, fand auch Wilma Harms. Monika Barz mahnte die fehlenden Unterlagen an: „Der Verein wird bis Dezember nicht zu-

gründe gehen.“ Berthold Volger wollte die Bedenken zu Protokoll genommen wissen, um keinen Präzedenzfall zu schaffen. Vier Befürwortungen und eine Enthaltung lautete das Abstimmungsergebnis.

Bis auf die zeitliche Begrenzung folgten die Mitglieder des Sozialausschusses der Verwaltungsempfehlung, dem Antrag der DPWV-Kreisgruppe Nienburg (Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband) zur Weiterführung der Schuldnerberatungsstelle einen Zuschuß bis zu einem Viertel der Personalkosten für eine Fachkraft der Vergütungsgruppe IV b BAT mit der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit vorbehaltlich der haushaltsrechtlichen Regelung zu gewähren.

Während es in der Vorlage hieß, vom 1. Mai 1989 bis zum 31. Dezember 1991, beantragte Ausschußmitglied Monika Barz, die Zeit am kommenden 1. Oktober beginnen zu lassen und bis zum 30. September 1992 auszudehnen. Barz: „Kein Rückgriff, lieber länger.“ Dem Argument von Berthold Volger, Schuldnerberatung sei Sache der Banken, hielt Wilma Harms entgegen, daß man oft unverschuldet in solch mißliche Situationen komme. Mit drei gegen zwei Stimmen wurde der Antrag von Monika Barz befürwortet.

Schnelle und befürwortende Entscheidungen gab es bei den Abstimmungen über folgende Anträge: Zuschuß für einen Dienstwagen der Sozialstation und Zuschuß für die Verbraucherberatungsstelle Nienburg. Der Verein zur Förderung und Betreuung politisch Verfolgter soll 1500 Mark erhalten, die Lebenshilfe ebenfalls, der Kreis zur Betreuung psychisch Kranker 370 Mark.

„Wie Kasche“, 16. 9. 81.

Zuschußanträge für Haushalt '90 von Sozialausschuß aufgestockt

Wunsch: Fachkraft soll Ziele sinnvoller Altenarbeit analysieren

Nienburg (fw). Die „Mittelanmeldungen für den Haushalt 1990“ bildeten nach inhaltlicher Debatte einer Reihe von Anträgen den Schlußpunkt der Beratungen des Sozialausschusses der Stadt Nienburg auf seiner jüngsten Sitzung. Dem Wunsch nach qualitativer wie quantitativer Ausweitung kommunaler Altenarbeit sollte nach dem Vorschlag von Monika Barz eine Bedarfsanalyse vorausgehen. Eine Fachkraft könnte für die erforderliche (kurze) Zeit aus dem von 12 000 auf 15 000 Mark aufgefüllten Topf bezahlt werden.

Vorschläge zur Altenarbeit zu unterbreiten, ist nach den Worten von Ausschußvorsitzendem Johann Tietz jeder aufgerufen. Nachdenklich stimmte ihn und das Plenum seine Feststellung, daß es in Städten und Landkreisen wohl Jugendpfleger gebe, aber keine Altenpfleger.

Größter Posten auf der Liste, die der Ausschuß für den Haushalt 1990 verwirklicht sehen möchte, ist der Zuschuß zum Betrieb der Sozialstation in Höhe von 124 100 Mark. Es folgen die Zuschüsse an den Verein „Frauen lernen gemeinsam“ von 30 000 Mark, solche zur Förderung von sozialen Bestrebungen von 25 000 Mark (aufgestockt von 20 000 Mark), für die Reithalle Estorf (therapeutisches Reiten) von 15 000 Mark, für die Verbraucherberatung von 10 400 Mark.

Weitere Zuschüsse werden vorgeschlagen für die Schuldnerberatung des DPWV von 11 000 Mark, die Krebsberatung der Arbeiterwohlfahrt von 6500 Mark, die Arbeitsloseninitiative von 6000 Mark (aufgestockt von 4800 Mark), an die Sozialstation zum Erwerb eines Fahrzeuges von 2300 Mark sowie an Beiträgen für unterschiedliche Gruppierungen in Höhe von 300 Mark.

Bedauert wurde im Ausschuß, daß der Badebetrieb in Langendamm für Behinderte nicht in dem Maße genutzt wurde, wie man sich das ursprünglich vorgestellt und vorausgesetzt hatte. So seien von Oktober bis Jahresende 1988 von 337 Besuchern 17 Behinderte gewesen. In vier Monaten zu Anfang dieses Jahres wurden neun Behinderte gezählt – und 404 Besucherinnen und Besucher insgesamt.

Die Karte von

FREITAG, 22. SEPTEMBER 1989

Sozialleistungen des Landkreises steigen um 3,5 Millionen

Haushalt 1990 läßt kaum Platz für große Sprünge

Hauptursache: Hohe Zahl von Aussiedlern und Asylbewerbern

Nienburg (dil). Den Landkreis Nienburg drücken die Sozialkosten immer schwerer. Sozialausschußvorsitzender Paul Brentzke gestern während der Sitzung im Kreishaus: „Von den 71,284 Millionen Mark in unserem Sozialetat 1990 entfallen 28,8 Millionen auf eigene Leistungen des Landkreises, die wir nicht erstattet bekommen.“ Ausschußmitglied Heinrich Böckmann: „Die Steigerungsraten sind im Etat kaum noch zu kompensieren.“ Und Wolfgang Gödeke: „Es kann nicht sein, daß Bund und Land immer mehr Soziallasten auf den Landkreis abwälzen.“ Kurzfristig machen die Kosten für die hohe Zahl von Aussiedlern und Asylbewerbern Sorgen. Für sie müssen 1989 und 1990 insgesamt 3,5 Millionen Mark mehr aufgebracht werden als erwartet. Kreisdirektor Dr. Jörg Hardegen warnte: „Deshalb können wir uns im Etat 1990 keine großen Sprünge mehr erlauben.“

Bei der Beratung des Nachtragshaushalts 1989 stellte Sozialamtsleiter Werner Feldmann fest, daß die Aufwendungen für die Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen stark zugenommen hat. Eine der Hauptursachen sei der sprunghafte Anstieg der Asylbewerberzahl von August 1988 bis Juni 1989 von 340 auf 520 Personen. Für sie müssen 1989 rund 900 000 Mark mehr gezahlt werden als geplant, Geld, das der Kreis aber vom Land erstattet bekommt. Selbst zahlen muß er die 500 000 Mark, die durch die Erhöhung der Regelsätze für die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt (plus 4 Prozent) entstehen.

Die große Zahl der Aussiedler (die für 1989 erwartete Gesamtzahl von 400 ist mit 531 bereits weit überschritten, 1988 kamen nur 190) erforderte ebenfalls Mehraufwendungen an laufender Hilfe zum Lebensunterhalt, die aber größtenteils aus anderen Sozialleistungen (Arbeitslosengeld, Kindergeld, Renten, Wohngeld) erstattet werden. Nur geringe Erstattungen gibt es bei den erheblichen Kosten für einmalige Hilfen zur Deckung des ersten Bedarfs an Kleidung und Hausrat kurz nach dem Eintreffen. Auch der Zuzug vieler sozial bedürftiger Familien in die Waldsiedlung Liebenau und die hohe dortige Fluktuation belasten den Kreissäckel mit Sozialkosten.

Im nächsten Jahr ist mit 600 000 Mark Mehrkosten (dann 11,5 Millionen Mark) bei der Hilfe zur Pflege in Pflegeheimen zu rechnen, meinte Feldmann. Hier schlagen die zunehmenden Zahlen pflegebedürftiger alter Menschen und behinderter junger Leute zu Buche.

Insgesamt steigert sich das Volumen des Sozialetats im Nachtragshaushalt um Aus-

gaben von 1,5 Millionen, der Sozialetatsatz im Haushalt 1990 wird ferner um zwei Millionen angehoben. Beides empfahl der Sozialausschuß gestern einstimmig.

Einstimmig wurde ferner empfohlen, dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband (DPWV), Kreisgruppe Nienburg, einen Personalkostenzuschuß von 9750 Mark für die Jahre 1989 bis 1991 zum Betrieb der Schuldnerberatungsstelle zuzusagen. Dies wird an die Bedingung geknüpft, daß die Finanzierung der Stelle steht und eine hauptamtliche Kraft dort drei Viertel ihrer Dienstzeit tätig ist.

Ebenso einmütig befürwortete der Ausschuß die Anerkennung der Förderungsfähigkeit der Selbsthilfegruppe Krebsbetroffener und Angehöriger in Stolzenau. Ihr können nun Zuschüsse gewährt werden. Die Selbsthilfegruppe besteht seit 1988, zu ihren monatlichen Treffen kommen jeweils etwa fünf Personen, hieß es.

Dem Verein zur Förderung und Betreuung politisch Verfolgter in Nienburg soll ein Zuschuß von 1500 Mark zu den Sachkosten bei der Unterhaltung seiner Geschäftsstelle in Nienburg, Alte Schulstraße 5, gewährt werden, empfahl der Ausschuß einstimmig. Der Verein beschäftigte bis zum 15. März drei hauptamtliche Mitarbeiterinnen, die nach Auslaufen ihrer ABM-Stellen nun ehrenamtlich die Arbeit fortsetzen und damit das Sozialamt, so Werner Feldmann, auf durchaus qualifizierte Weise entlasten.

Der Bund deutscher Hirnbeschädigter, Kreisverband Nienburg, soll laut Ausschußempfehlung 300 Mark Zuschuß zu den 570 Mark betragenden Kosten einer Tagesfahrt nach Cloppenburg erhalten.